

Bürgerversammlung kommt

Es war ein heftiges Ringen im Stadtrat. Am Ende votierte eine Mehrheit dann doch dafür, zumindest der Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet rund um das Bürger-Büsing-Haus auf den Erzhütten zuzustimmen. Allerdings gibt es teilweise heftige Bedenken.



„Für den Waldkindergarten werden wir eine Lösung finden“, sagte Beigeordneter Joachim Färber.

FOTO: VIEW

VON CLAUDIA SCHNEIDER

Oberbürgermeister Klaus Weichel war einigermaßen genervt. Sowohl der Bauausschuss als auch der Ortsbeirat Erzhütten/Wiesenthalerhof hatten sich einstimmig dafür ausgesprochen, zumindest die Planung für ein neues Baugebiet auf den Erzhütten ums Bürger-Büsing-Haus anzugehen. Nur weil sich eine Bürgerinitiative formiere, wollte er das Verfahren nicht schon im Vorfeld stoppen. „Für den Bauplatz des Vorsitzenden der Bürgerinitiative auf den Erzhütten ist auch Wald gerodet worden“, betonte der Verwaltungschef.

Wie berichtet, soll das Bürger-Büsing-Haus in der Hahnbrunner Straße, in dem zuletzt Flüchtlinge untergebracht waren, abgerissen werden. Dort und auf einer angrenzenden Waldfläche, die gerodet werden muss, sollen 22 Wohnhäuser entstehen. So sieht es der Plan, den die Verwaltung vorgelegt hat, vor. Für die SPD-Fraktion erklärte Petra Janson-

Peermann, ihre Fraktion wolle in das Verfahren einsteigen. Damit werde aber noch nichts beschlossen. Vier Wochen werde der Plan ausgelegt, Bürger könnten Bedenken vorbringen. Auch werde es eine Bürgerversammlung geben. Elke Franzreb, Leiterin des Referats Stadtentwicklung, sagte: „So viel Bürgerbeteiligung gab es noch nie.“ Wichtig sei, dass der Waldkindergarten, der von dem Bauvorhaben betroffen wäre, seine gute Arbeit fortsetzen könne, so Janson-Peermann. Beigeordneter Joachim Färber versprach: „Dafür werden wir eine Lösung finden.“ Er gehe davon aus, dass der Waldkindergarten erhalten werden könne.

Ein Antrag der CDU auf Vertagung wurde abgeschmettert. Walfried Weber hatte angeregt, zunächst einmal zu prüfen, ob es nicht lukrativer wäre, das Bürger-Büsing-Haus mit 9000 Quadratmetern Nutzfläche zu sanieren. Weichel hielt das für Zeitverschwendung. „Das ist eine Baracke.“

Bedenken brachten auch die Grü-

nen vor. Tobias Wiesemann argumentierte, wenn, dann müsse flächenoptimiert gebaut werden, damit vielen Familien ein Zuhause geboten werden könne, nicht nur einzelnen auf zu großen Grundstücken. Sein Vorschlag, das 32.400 Quadratmeter große Baugebiet zu verkleinern, wurde abgelehnt. Auch da hatte der OB ein Machtwort gesprochen. „Dann können wir es gleich lassen.“

Ortsvorsteher Thorsten Peermann äußerte sich optimistisch, dass es durch ein neues Wohngebiet zu einer Verbesserung in dem Stadtteil kommen kann. „Wenn nur auf der Fläche des Bürger-Büsing-Hauses neu gebaut wird, haben wir eine Verdichtung, ohne Benefit.“ Er kann sich vorstellen, dass die jetzt geplanten Grundstücke noch verkleinert werden und vielleicht mehr Doppelhäuser gebaut werden können. Auch ein anderer Zuschnitt der Grundstücke, wie ihn die Bürgerinitiative angeregt hat, sei denkbar. „Geben sie uns die Chance, die Pläne den Bürgern vorzu-

stellen“, appellierte er.

Franzreb, Chefin der Stadtentwicklung, betonte, es gebe in der Stadt einen großen Bedarf für mehr Wohnflächen. Das belegten zwei Gutachten, die in einer der nächsten Ratssitzungen vorgestellt werden sollen. Sowohl Einfamilienhäuser als auch Geschosswohnungsbau werde noch gebraucht. Selbst wenn auf dem ehemaligen Pfaff-Gelände noch jede Menge neue Wohnungen entstehen, werde es nicht zu einem Überangebot kommen.

Als klar war, dass der von der Verwaltung vorgelegte Plan noch nicht in Stein gemeißelt ist, stimmte die Mehrheit im Rat, gegen die Stimmen von CDU und AfD, am Ende für den Aufstellungsbeschluss. Auch Vertreter von FWG, Linken und FDP hatten Bedenken geäußert. Vor allem, weil für das Baugebiet Wald weichen muss. Die Bürgerinitiative hatte kritisiert, die Pläne der Verwaltung seien nicht kreativ genug. Heute müsse verdichteter gebaut werden.